

## Bericht der KFP

*Am 2. November 2009 fand im Berliner Magnus-Haus die KFP-Plenarsitzung für dieses Wintersemester statt. Auch diesmal war wieder ein gemeinsamer studentischer Vertreter von ZaPF und jDPG bei der Plenarsitzung anwesend, sodass die für Studierende interessanten inhaltlichen Informationen und Diskussionen der Sitzung in diesem Bericht wiedergegeben werden können.*

Wie üblich standen die Berichte des KFP-Vorsitzenden (Herrn Nienhaus) und des DPG-Präsidenten (Herrn Litfin) am Beginn der Plenarversammlung. Herr Nienhaus berichtete unter anderem, dass er an der Sitzung des Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultätentags teilgenommen hat. Auf diesem wurde festgestellt, dass die Lehramts-Studiengänge so unterschiedlich zueinander seien, dass Reformbedarf bestehe bzw. in einigen Bundesländern auch eine Neuauflage der Studiengänge durch Gesetzesänderungen seitens der Landesregierung gefordert werde. Herr Getzlaff, der ebenfalls an der MNFT-Plenarversammlung teilgenommen hat, berichtete, dass nach Kenntnisstand des DHV<sup>1</sup> die Zahl der Masterabsolventen, die anschließend die Promotion anstreben, gering sei. Das sei ein Signal dafür, dass die Promotion nicht als dritte Phase des Studiums aufgefasst werden könne. Außerdem fordere der DHV, die Programmakkreditierung abzuschaffen. Aus der HRK<sup>2</sup> berichtete Herr Getzlaff, dass man dort bemerkte, dass Hindernisse in der Mobilität verringert werden müssten und man auch gute FH-Absolventen den Weg in eine Promotion ermöglichen solle.

Herr Matzdorf, Vorsitzender des ASIIN<sup>3</sup>-Fachausschusses Physik, regte nach den Berichten aus aktuellem Anlass eine Diskussion an, die sich mit der Frage beschäftigte, wie man auf einen Masterstudiengang reagieren solle, der nicht verpflichtend vorgibt, eine bestimmte Menge an Theoretischer- und Experimentalphysik zu absolvieren. Eine recht einheitliche Meinung der Anwesenden ist dabei herausgekommen: Man sei prinzipiell gegen einen solchen Master (zumindest, wenn er sich noch *Physik-Master* nennt); man sollte minimal 10 bis 20 ECTS-Punkte für Theorie- und Experimentalvorlesungen verpflichtend integrieren. Alle anderen, weiteren Ausrichtungen könnten im Sinne der Studierenden über Wahlveranstaltungen abgedeckt werden, sodass man trotzdem durchaus einen Schwerpunkt in die ein oder andere

Richtung studieren kann. Die Begründung liegt vor allem darin, dass man mit dem Label Physik nach wie vor verbinden solle, dass es sich um einen allgemein angelegten Studiengang handle, in dem man Grundlagen in beiden Bereichen erlernt.

Dann wurde weiter von Herrn Matzdorf angeregt, Prüfungen im Bachelor-Studiengang zum Teil einen anderen Charakter zu verleihen: Prüfungen müssen kompetenzorientiert sein, das könne durch bestimmte Prüfungsformen stärker berücksichtigt werden, wie zum Beispiel die Bewertung eines Vortrages oder eine mündliche Prüfung als Benotung für das Modul (als Alternative zu Klausuren). Man solle so versuchen die deutlich zugenommene Prüfungslast ein wenig abzubauen. In diesem Zusammenhang solle man auch versuchen Module einzubauen, die nur mit „bestanden“ bewertet werden, oder durch Gewichtung der Noten, Freischüsse und ähnliche Regelungen die hohe Anzahl der Prüfungen zu reduzieren. Auch modulübergreifende Prüfungen können dazu beitragen. All diese Lösungen seien im Sinne der Bologna-Beschlüsse und auch nach geltenden Hochschulgesetzen möglich! Ziele sollten dabei sein: Die Anzahl der Prüfungen reduzieren und das „Bulimie-Lernen“ vermeiden, also mehr modulübergreifend abzuprüfen, um die Betonung auf Zusammenhänge in der Physik zu legen. Nachteil dabei ist natürlich, dass die entsprechenden Prüfungen größer und aufwendiger zum Lernen sind.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Physiklehrausbildung in Deutschland. Herr Nienhaus hat sich als Sprecher der KFP dafür ausgesprochen, von Seiten der KFP und DPG Stellung zum Lehramtsstudium Physik zu beziehen. Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang, wie man die Lehrausbildung durch modularisierte und gestufte Studiengänge realisieren könne. Ein Vorschlag von ihm war es, einen Fachbachelor anzubieten, mit dem es möglich sei einen Fachmaster anzuschließen oder in einen Lehramtsmaster, der dann die Fachdidaktik und

<sup>1</sup>Deutscher Hochschulverband - [www.hochschulverband.de](http://www.hochschulverband.de)

<sup>2</sup>Hochschulrektorenkonferenz - [www.hrk.de](http://www.hrk.de)

<sup>3</sup>Akkreditierungsagentur für Studiengänge der Ingenieurwissenschaften, der Informatik, der Naturwissenschaften und der Mathematik e.V. - [www.asiin.de](http://www.asiin.de)

Pädagogik enthält, weiter zu studieren. Damit würden die Studierenden nach einem Bachelor of Science einen Master of Education anschließen. Dieser Vorschlag wurde lebhaft diskutiert, mit mehreren Argumenten pro und contra. Eine Meinung war, dass man die Didaktik deutlich in den Vordergrund schieben müsse, da man keine Lehrer haben wolle, die zwar gute Physiker, aber schlechte Lehrer sind, sondern welche, die in der Lage sind, Schülerinnen und Schüler dazu zu motivieren sich für die Naturwissenschaft zu interessieren und ein Physikstudium zu beginnen. Es wurde von einigen explizit ein eigener Studiengang gefordert, der sich von Anfang an der Lehramtsausbildung widmet, schon mit Didaktik und Fachdidaktik im Bachelor. Schließlich solle man das derzeitige Problem, dass rund 50% aller Lehrer Quereinsteiger sind, damit angehen, dass eine fundierte Didaktik- und Pädagogikausbildung angeboten würde. Einig war man sich in dem Punkt, dass man in jedem Fall eine Vereinheitlichung der Lehrerausbildung Physik in Deutschland vorantreiben müsse, damit es eine möglichst gleichwertige Ausbildung an den verschiedenen Standorten gebe. Außerdem wurde angemerkt, dass ein Bachelor of Education gerade in Physik schon von der Bedeutung her unsinnig sei, da es sich bei dem Bachelor um einen berufsbefähigenden Abschluss handeln solle, was bei einer Lehrerausbildung mit einem Bachelor nicht der Fall sei.

Ein weiteres interessantes Thema war die Vorstellung eines Projektes zur Erstellung eines Modellcurriculums in Nordrhein-Westfalen. Dies ist eine Initiative von Herrn Meschede aus Bonn zusammen mit Herrn Görlitz aus Düsseldorf, welcher das Vorhaben auf der Sitzung vorstellte. Es wurde für dieses Projekt ein Antrag an die Mercatorstiftung gestellt, ein Koordinationsbüro zu finanzieren, welches im Wesentlichen daran arbeiten soll, einen solches Modellcurriculum aufzustellen. Dabei soll es weniger um einen konkreten „Stundenplan“ gehen, als mehr um allgemeine Empfehlungen inhaltlicher Art, wann was in welchem Umfang in einem Physikstudiengang vorkommen sollte. Aufgekommen ist die Initiative, da sich die Vertreter der 12 Physikfachbereiche in NRW getroffen haben, um sich untereinander auszutauschen, wie die einzelnen Studiengänge aussehen. Dabei hat man feststellen können, dass jeder einzelne Studiengang anders aufgebaut ist. Aufgabe sei es nun Informationen zu sammeln, wie Studiengänge im Detail ausse-

hen und welche Konzepte sich in welcher Art und Weise bewährt haben oder aufgrund von Schwierigkeiten verworfen wurden. Nordrhein-Westfalen sei dafür insbesondere geeignet, da es eine Vielfalt an unterschiedlichen Fachbereichsgrößen gibt und der Bachelor in den meisten Fachbereichen schon länger eingeführt ist, sodass Erfahrungsberichte vorliegen. Zudem unterliegen alle Fachbereiche den gleichen gesetzlichen Voraussetzungen. Vorstellbar sei in einem weiteren Schritt, das Modellcurriculum auf das gesamte Bundesgebiet übertragen zu können.

In einem weiteren Tagespunkt wurde von Herrn Kölle der neue Studiengang Physik in Tübingen detailliert vorgestellt. Der Fachbereich dort hat einen 4+1-Studiengang eingeführt, im Gegensatz zu den üblichen 3+2-Studiengängen. Dabei sieht das Konzept dort vor, in vier Jahren den Bachelor zu absolvieren und dem eine einjährige Masterarbeit anzuschließen, während dieser keine weiteren Vorlesungen mehr verpflichtend sind. Die fachliche Spezialisierung findet somit bereits im Bachelor statt. Man habe, laut Herrn Kölle, als Vorteil mehr Flexibilität innerhalb des Studienganges, da sich die Wahlvorlesungen freier verteilen ließen. Die Reaktionen im Plenum waren allerdings eher kritisch, zumal sich die KFP bei der letzten Sitzung einstimmig für das 3+2-System ausgesprochen hat. Der wesentliche Kritikpunkt richtete sich dabei nicht an das Studium an sich, sondern daran, dass dieser Studiengang hochschulpolitisch sehr gefährlich sei. Es sei zu befürchten, dass man zugunsten kürzerer Studienzeiten von Seiten der Politik den Master abschaffen könnte, da es schon ein Jahr zuvor einen berufsbefähigenden Abschluss gebe. Damit wäre die Masterarbeit hinfällig. Man war sich jedoch einig, dass der Bachelor auch mit einem Jahr mehr keineswegs mehr berufsbefähigend ist. Außerdem kam die Kritik auf, dass nur eine Abschlussarbeit im letzten Jahr kein „Studiengang“ sei, was der Master aber sein sollte. Die Vertiefung gehöre eher in den Master, als in einen Bachelor, so die Meinung einiger Teilnehmer. Außerdem wurden Bedenken geäußert, dass ein solcher Studiengang als Konsequenz haben könne, PhD-Programme im direkten Anschluss an den Bachelor anhängen zu können. Dies sei nicht wünschenswert, da es den Master (als Äquivalent zum alten Diplomabschluss) maßgeblich herabstufen würde.